

IA14 Europas Nuklearer Schutzschirm

Gremium: JEF Kreisverband Tübingen
Beschlussdatum: 06.08.2024

Antragstext

ABSTRACT

Mit Blick auf wachsende sicherheitspolitische Herausforderungen und Unsicherheiten bekennen sich die JEF zur nuklearen Abschreckung und schlagen dazu vor, auf Basis der französischen Atomwaffen einen Dialog über den Aufbau eines nuklearen europäischen Schutzschirms zu beginnen. Dazu sollte klargestellt werden, dass der Beistandsartikel der EU auch den möglichen Einsatz französischer Nuklearwaffen einschließt.

Nukleare Abrüstung bleibt dabei auch weiterhin erklärtes Ziel der JEF. Als Bewegung sehen wir den sinnvollsten Weg in multilateralen Abrüstungsgesprächen. Jedoch besteht bis dahin die Notwendigkeit, die eigene Sicherheit durch nukleare Abschreckung zu garantieren.

ZIEL UND FORDERUNG

Als Europäische Föderalist:innen fordern wir, auf das Gesprächsangebot Macrons einzugehen. In einer europäischen Debatte soll festgestellt werden welche Form einer europäischen nuklearen Abschreckung von französischer Seite aus denkbar ist. Eine Möglichkeit ist, dass Frankreich öffentlich erklärt, dass Artikel 42 Absatz 7 EUV, die Beistandsklausel des Lissabon Vertrages, auch den Einsatz französischer Nuklearwaffen einschließt. Dadurch bekommt auch die EU eine nukleare Komponente, wenn auch noch ohne gemeinsame Befehlsgewalt.

Des Weiteren sollte Deutschland sich dafür einsetzen, auch andere EU-Länder für Gespräche zu diesem Thema zu gewinnen, wobei auch Fragen der finanziellen Lastenteilung eines europäischen Nuklearschirm zu klären sind. Auch dem Vereinigten Königreich sollte ein Angebot unterbreitet werden, an einer neuen europäischen Nuklearstrategie mitzuwirken.

Stärkere Eigenverantwortung Europas soll dabei nicht gleichzeitig die Aufgabe der nuklearen Teilhabe mit den USA bedeuten, sondern Europa weniger abhängig von

27 Entscheidungen in Washington machen. In diesem Sinne könnte Deutschland, als
28 Kompromiss zwischen den französischen Ambitionen und potentiellen
29 osteuropäischen Bedenken, versuchen, einen Beitritt Frankreichs in die Nukleare
30 Planungsgruppe (NPG) der NATO anzuregen. Dadurch wäre die europäische Dimension
31 der französischen nuklearen Abschreckung in die transatlantischen Strukturen
32 eingebunden. Dies wäre ein erster Schritt für die europäische Säule in der NATO.

33 Gleichzeitig bekennen wir uns als JEF weiter zur nuklearen Abrüstung,
34 unterstützen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und setzen uns
35 für die weltweite Abrüstung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen
36 ein. Allerdings sehen wir den einzig sinnvollen Weg für mehr Sicherheit und
37 weltweite Abrüstung in multilateralen Abrüstungsgesprächen und -verträgen und
38 sprechen uns klar gegen unilaterale Maßnahmen aus, die unsere Sicherheit
39 gefährden, aber anderen Nuklearmächten keine Anreize liefern, ebenfalls
40 abzurüsten.

Begründung

Während Nuklearwaffen seit dem Ende des Kalten Krieges stetig an Bedeutung verloren haben, hat Russlands Krieg gegen die Ukraine ihnen zu einer Renaissance verholfen und einen Anstoß zur Modernisierung der weltweiten Arsenale geliefert. Europa darf dabei nicht nur zusehen, wie um es herum Fakten geschaffen werden. Die wiederholt geäußerten russischen Drohungen eines Einsatzes nuklearer Waffen unterstreichen, dass diese nicht allzu bald aus der Welt verschwinden werden und sich auch Europa um nukleare Abschreckung bemühen muss. Die nukleare Teilhabe mit den Vereinigten Staaten wird dabei weiterhin ein integraler Bestandteil der europäischen Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie sein. Allerdings vertrauen gegenwärtig die meisten europäischen Staaten ausschließlich auf die USA, während eine mögliche Trump-Präsidentschaft die damit einhergehenden Unsicherheiten mehr als verdeutlicht hat. Der französische Präsident Macron hat seinen europäischen Partnern daher wiederholt einen strategischen Dialog über die Rolle, die die französischen Nuklearstreitkräfte in der europäischen Sicherheitspolitik spielen könnten, angeboten. Eine ernsthafte Reaktion blieb bisher aus.

Und während der nuklearen Teilhabe mit den USA in der europäischen Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie weiterhin eine äußerst große Bedeutung eingeräumt wird, gibt es gute Gründe, für alternative oder ergänzende Optionen offen zu bleiben.

Es stellt sich erstmal die Frage, ob ein amerikanischer Präsident bereit wäre, die Vernichtung des eigenen Landes zu riskieren, um Europa zu schützen. Trump hat dies bereits öffentlich in Zweifel gezogen und seine Drohungen, die europäischen Partner im Stich zu lassen, haben nicht nur eine neue Debatte um nukleare Abschreckung ausgelöst, sondern haben bereits jetzt der Glaubwürdigkeit

der Abschreckung durch die NATO schweren Schaden zugefügt. Sollte ein potenzieller Angreifer zu dem Schluss kommen, dass die Vereinigten Staaten Europa nicht beistehen würden, könnte das fatale Folgen haben.

Dazu kommt ein steigender innenpolitischer Druck auf alle US-Regierungen, vornehmlich amerikanische Interessen zu vertreten. Ein Druck, dem sich selbst der überzeugte Transatlantiker Joe Biden nicht entziehen kann. Und mit dem zunehmenden Fokus der Vereinigten Staaten auf Ostasien und Pazifik wachsen auch die Forderungen an Europa, die eigene Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen, auch wenn Trump ein erneuter Einzug ins Weiße Haus nicht gelingt.

Zudem wird die Bedeutung der nuklearen Teilhabe mit den USA oft überschätzt. Es ist wichtig zu beachten, dass sie primär einen symbolischen und allianzpolitischen Wert hat, operativ aber weitestgehend zahnlos ist. Bei den in Deutschland stationierten Nuklearwaffen handelt es sich um Schwerkraftbomben, die von Flugzeugen abgeworfen werden müssten, was sich bei einer intakten (russischen) Luftverteidigung schwierig bis unmöglich gestalten würde. Dies ist auch Europas Gegnern bewusst und dementsprechend verringert ist die abschreckende Wirkung der derzeit in Europa stationierten amerikanischen Waffen.

Stattdessen wären bei einer akuten nuklearen Eskalation nukleare Raketen und Marschflugkörper entscheidend. Frankreich verfügt hier über knapp 300 nukleare Sprengköpfe. Diese bestehen aus ballistischen Raketen, die auf vier U-Boote verteilt sind, sowie luftgestützten Marschflugkörpern. Die breiter gefächerten Abschusssysteme und moderneren Sprengkörper verfügen dadurch über ein deutlich höheres Abschreckungspotenzial als die amerikanischen Schwerkraftbomben.

Daneben verfolgen die USA und Frankreich auch sehr unterschiedliche Nukleardoktrinen und Abschreckungsstrategien. Washington verfolgt eine counterforce-Doktrin und eine deterrence by denial-Strategie ("Abschreckung durch Verwehren"), Paris hingegen eine countervalue-Doktrin und eine deterrence by punishment-Strategie ("Abschreckung durch Bestrafung"). Das bedeutet, dass die USA in der Lage sein wollen, einen begrenzten Nuklearkrieg, mit Nuklearwaffen geringer Sprengkraft sowie verschiedenen Mitteln zur Neutralisierung gegnerischer Nuklearwaffen, führen zu können. Die Abschreckung ergibt sich hierbei daraus, dass einem potentiellen Gegner signalisiert wird, dass er keine militärischen Erfolge gegen die USA erzielen können wird, da diese auf alles adäquat reagieren können und in einem konventionellen Konflikt überlegen sind. Frankreichs Nukleardoktrin sieht hingegen vor, einem Angreifer einen für ihn inakzeptablen Schaden zuzufügen. Das verdeutlicht auch, dass Frankreich, anders als die USA, seine Nuklearwaffen als rein politische Waffe verstanden hat. Es plant nicht dafür, einen Nuklearkrieg zu führen. Stattdessen sind seine Nuklearwaffen die ultimative Drohung und dienen damit als Versicherung seiner Sicherheit sowie seiner Handlungsfreiheit. Dass Frankreich über ein kleineres und weniger vielfältiges Nukleararsenal verfügt, bedeutet

also nicht, dass seine Fähigkeit zur Abschreckung geringer ist, sondern im Gegenteil, dass Frankreichs Strategie einzig und allein darauf abzielt, erst gar keine Nuklearwaffen einsetzen zu müssen.